

Forderungen der LAK RLP zum Bericht der Expertenkommission zum Hochschulzukunftsprogramm

AStA der TH Bingen, HS Kaiserslautern (Standorte Kaiserslautern, Zweibrücken & Pirmasens), HS Mainz, HS Worms, HS Koblenz (Standorte Koblenz, RheinAhr Campus Remagen & Westerwald Campus Höhr-Grenzhausen), HS Ludwigshafen, HS Trier (Standort Trier & Umwelt Campus Birkenfeld), TU Kaiserslautern, Uni Koblenz-Landau (Standorte Koblenz & Landau), Uni Mainz (Standorte Mainz & FTSK Germersheim) und Uni Trier

Sehr geehrter Herr Minister Prof. Dr. Wolf,

sehr geehrte Damen und Herren,

die LandesAStenKonferenz (LAK) Rheinland-Pfalz hat sich mit dem Bericht der Expertenkommission zum Hochschulzukunftsprogramm (HZP) beschäftigt und hat fünf zentrale Forderungen aufgestellt. Im Vorfeld hat sich die LAK bei der Erarbeitung des Berichts eingebracht. Als LAK haben wir ein Positionspapier mit der studentischen Sichtweise zum HZP verabschiedet und der Expertenkommission zur Verfügung gestellt. Dieses haben wir jeweils in einem Gespräch mit Herrn Minister Prof. Dr. Wolf und Herrn Prof. Dr. Burkhardt vorgestellt.

Im HZP wird davon ausgegangen, dass die Studierendenzahlen mittelfristig sinken werden. Um diesen Trend zu stoppen und umzukehren, muss der Hochschulstandort Rheinland-Pfalz attraktiver werden. Als Expert*innen in eigener Sache möchten wir daran mitwirken und einen Beitrag zur Verbesserung des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz leisten.

Die folgenden fünf Forderungen sehen wir als Vertretung der 123.000 Studierenden in Rheinland-Pfalz als zentral für zukünftige Verbesserungen an. Diese Forderungen sind als Ergänzung des oben genannten Positionspapiers der LAK zu verstehen.

Wir haben uns bei diesen Forderungen auf Themen beschränkt, welche alle Studierendenschaften in Rheinland-Pfalz gleichermaßen betreffen. Vorschläge des HZP, welche nur einzelne Standorte betreffen, möchten wir als LAK nicht kommentieren. Wir fordern aber Herrn Minister Prof. Dr. Wolf und das MWWK dringend dazu auf, dass sie bei diesen Vorschlägen auch die Meinung der Studierendenvertretungen vor Ort anhören und miteinfließen lassen. In diesem Rahmen ist die Koordination der LAK auch gerne bereit, den entsprechenden Kontakt herzustellen.

Abschließend hoffen wir auf eine weitere, konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem MWWK und den Studierenden in Rheinland-Pfalz.

Mit freundlichen Grüßen

(Luca Wagner)

(Fabrice Stroh)

1. Beteiligung der Studierenden im weiteren Prozess

Unserem Kenntnisstand nach ist vonseiten des Ministeriums geplant, dass zu verschiedenen Themenschwerpunkten insgesamt acht Arbeitsgruppen, besetzt durch Hochschulleitungen, gebildet werden sollen, welche sich mit den Vorschlägen des HZP befassen. Wir fordern, dass wir als Studierendenvertreter*innen in den Prozess stärker eingebunden werden. Die Sicht von Studierenden unterscheidet sich in verschiedenen Themenfeldern, da wir tagtäglich andere Erfahrungen sammeln können als Professor*innen. Als integraler Bestandteil der Hochschulen sehen wir unsere Sichtweise als genauso bedeutend wie die der Hochschulleitungen an. Durch die Einbringung von Studierenden können Themen beleuchtet werden, die nicht im Fokus von Hochschulleitungen stehen, jedoch wichtig für die Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz sind.

Wir möchten uns gerne am weiteren Prozess in den Arbeitsgruppen beteiligen. Im ersten Schritt fordern wir das MWWK deshalb dazu auf, uns alle Informationen zur Verfügung zu stellen und über das weitere Vorgehen zu informieren. Des Weiteren möchten wir die Möglichkeit haben, studentische Vertreter*innen in die Arbeitsgruppen zu entsenden, um dazu beizutragen, dass die zu erarbeitende Rahmenvereinbarung eine ganzheitliche Verbesserung für den Hochschulstandort Rheinland-Pfalz darstellt. Die Anzahl der studentischen Vertreter*innen soll sich an den Themen orientieren. In einer Arbeitsgruppe zum Themenbereich Lehre ist die Perspektive von mehreren Studierenden sicherlich gewinnbringend, da zum Beispiel unterschiedliche Erfahrungen von Studierenden von Universitäten oder Hochschulen hierdurch aufgefangen werden.

2. Bessere Finanzierung der Hochschulen

Das HZP stellt fest, dass zur Erhaltung des Status Quo die Finanzierung gleich bleiben muss. Eine Verringerung würde negative Auswirkungen für den Hochschulstandort als Ganzes haben und ist damit unbedingt zu vermeiden. Der Status Quo darf jedoch nicht Anspruch des Landes sein, sondern eine Verbesserung der Qualität muss das Ziel sein.

Um diese zu erreichen, müssen mehr Gelder für die Hochschulen zur Verfügung gestellt werden. Dies darf nicht nur über Drittmittel geschehen, sondern muss primär durch das Land erfüllt werden. Das Land Rheinland-Pfalz ist für die Grundfinanzierung der Hochschulen verantwortlich und muss dementsprechend mehr Mittel zur Verfügung stellen.

In der Lehre können wir die Folgen der finanziellen Schieflage der Hochschulen tagtäglich beobachten. Durch die Befristung von Lehrstellen können selbst hervorragende Dozierende nicht gehalten werden. Hierdurch kann keine Kontinuität hergestellt werden, wodurch sich die Qualität der Lehre massiv verschlechtert. Wir fordern deshalb, dass Hochschulpaktmittel von Bund und Land entfristet werden und dass erfolgreiche Dozierende und Projekte in der Lehre verstetigt werden. Dementsprechend müssen zukünftige Rahmenvereinbarungen die finanziellen Mittel langfristig zur Verfügung stellen, damit die Hochschulen eine bessere Planbarkeit haben.

Insbesondere möchten wir auch auf die Lage der Studierendenwerke hinweisen. Diese haben trotz steigenden Kosten keine Erhöhung der Mittel erhalten. Das hat Auswirkungen auf die vielfältigen und wichtigen Leistungen der Studierendenwerke sowie die sich erhöhenden Beiträge der Studierenden. Am besten kann man die bedeutsame Rolle der Studierendenwerke beim Bereitstellen von studentischem Wohnraum sehen. Ohne diesen wäre der Wohnungsmarkt in Großstädten noch angespannter als es ohnehin der Fall ist. Insbesondere unter dem Aspekt der oftmals schwierigen finanziellen Lage von Studierenden ist dies unbedingt zu vermeiden. Wir möchten uns als LAK klar hinter die Studierendenwerke stellen und unterstreichen die wichtige Stellung dieser. Deshalb sprechen wir uns für eine zeitnahe und deutliche Erhöhung der Mittel der Studierendenwerke aus.

3. Verbesserung der Lehre

Das HZP schlägt als Maßnahme zur Verbesserung der Lehre die Entwicklung eines ganzheitlichen Ansatzes in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ) der JGU Mainz. Wir begrüßen die Weiterentwicklung des ZQ zu einem Qualitätszentrum für Studium und Lehre aller Hochschulen in Rheinland-Pfalz. Die LAK würde sich bei diesem Prozess gerne mit eigener Expertise einbringen und dadurch zu einem gelungenen Ausbau beitragen wollen.

Die Stärkung der Lehre durch eine erhöhte Wertschätzung sehen wir als gewinnbringend an. Wir fordern deshalb, dass in einer zukünftigen Rahmenvereinbarung Anreizsysteme für exzellente Lehre, wie im HZP vorgeschlagen, implementiert werden.

Bei der Entwicklung von regionalen Studiengangs-Clustern muss aus unserer Sicht die Studierbarkeit besonders berücksichtigt werden. Gerade die Wege zwischen den Lernorten sowie das Abstimmen der Lehrangebote stellen organisatorische

Herausforderungen dar. Deshalb müssen individuell vor Ort die Begebenheiten untersucht und unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Lösung entwickelt werden.

4. Kooperation der Hochschulen ausbauen

Wir unterstützen grundsätzlich den Ansatz der Expertenkommission, dass Hochschulen in einer Region mehr miteinander kooperieren sollten. Bei der Profilbildung im Rahmen der regionalen Gegebenheiten sehen wir einen langen Prozess für die Hochschulregionen voraus. Diesen gilt es als Ziel für eine Rahmenvereinbarung festzusetzen, jedoch muss der Ausgang offen gehalten werden. Insbesondere über die Zukunft von Fächern, welche nicht Teil eines neuen Profils sind, gilt es zu sprechen. Aus unserer Sicht darf eine Profilbildung nicht dazu führen, dass das momentan breite Lehrangebot verringert wird. Lediglich die herauskristallisierten Profilmächer sollen mehr Mittel bekommen, ohne jedoch Mittel von anderen Fächern abzuziehen. Dies setzt eine Steigerung der Mittel voraus, wie wir sie in Punkt zwei fordern.

Eine landesweite Institution für kooperative Promotionen sehen wir nicht als die beste Lösung an. Wir fordern, dass die Hochschulen bei Promotionen den Universitäten gleichgestellt werden und das Promotionsrecht auch erhalten.

In europäischen Verbundstrukturen sehen wir ein größeres Potential als die Expertenkommission.

Wir sehen die Uni der Großregion als wichtiges Projekt an, welches es finanziell stärker zu fördern gilt. Um hier eine größere Nachfrage der Studierenden zu erreichen, müssen die Möglichkeiten des Programms stärker beworben werden und Hürden abgebaut werden.

Die Institutionalisierung des Austauschs zwischen Land und Hochschulen durch die Etablierung eines Hochschulforums begrüßen wir. Diesem sollte jedoch nicht nur Vertreter*innen des Landes und Hochschulleitungen angehören, sondern auch Studierende. Gerade bei der Erarbeitung einer Strategie zum Studierendenmarketing oder Internationalisierungsstrategien ist die studentische Sichtweise sehr gewinnbringend.

5. Verbesserungen der Studienbedingungen

Wir setzen uns dafür ein, dass Studiengänge flexibler für die Studierenden werden. Durch die Verankerung von Teilzeitstudiengängen wird auf die individuelle Lebenslage von Studierenden eingegangen und wird so auch sozial gerechter. Es gibt vielfältige Beispiele von Menschen, die nicht das Pensum eines Vollzeitstudiums erfüllen können, z. B. Studierende mit Kindern oder aber auch Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Sie in ihrem Studium zu behindern, ist für die Gesellschaft nicht wünschenswert. Laut einer Studie des Centrums für Hochschulentwicklung hat Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich mit 3,1 Prozent die drittschlechteste Quote von Studiengängen, die in Teilzeit studiert werden können¹. Wir fordern, dass das Teilzeitstudium nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen im Hochschulgesetz implementiert wird.

Die Entwicklung von neuen Formaten der Studienorientierung und Studieneingangsphase begrüßen wir. Hierbei kann man sich Konzepte anderer Bundesländer als Beispiel nehmen und neue Systeme entwickeln. Auch der Ansatz eines Studium Generale könnte hier zielführend sein. So sollte es möglich sein, dass man abseits seines eigentlichen Studienganges Module absolvieren kann und die jeweiligen Credit Points angerechnet bekommt. Durch den Einblick in andere Fachrichtungen könnte in der Anfangsphase die Wahl des Studienfaches klarer werden und würde damit einen späteren Wechsel vermeiden.

¹ Gehlke, Anna et al (2017): CHE Teilzeitstudium-Check 2017/18. Teilzeitstudiengänge und Teilzeit-Studierende in den einzelnen Bundesländern. Gütersloh: CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung.

Schlusswort

Wir haben als rheinland-pfälzische Studierende den Anspruch, die Hochschulen im Land mitzugestalten. Wir möchten diesen Prozess gemeinsam mit allen Statusgruppen in Rheinland-Pfalz voran bringen. Deswegen ist es unser Anliegen, dass wir vom MWWK stärker in den Prozess eingebunden werden als dies momentan der Fall ist. Hochschulen bestehen eben nicht nur aus Professor*innen, sondern auch aus weiteren Statusgruppen, die für den Hochschulbetrieb immanent sind.

Das Hochschulzukunftsprogramm wird die Weichen für einen Erfolg oder einen Misserfolg des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz im nächsten Jahrzehnt stellen. Stärkere Investitionen, eine qualitative hochwertige Lehre, eine mit Bedacht ausgebaute Kooperation zwischen den Hochschulen und attraktive Studienbedingungen werden wichtige Grundpfeiler für den Erfolg darstellen.

Wir sind bereit unseren Beitrag zu leisten. Nun liegt es in der Hand des MWWK uns im weiteren Prozess angemessen zu beteiligen und die Vorschläge miteinfließen zu lassen. Unabhängig von dieser Entscheidung werden wir Studierenden uns natürlich bei der Gestaltung der Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz weiterhin einbringen.